

Durchbrechen zu Wachstum und Beschäftigung

Besteuerungskosten sind progressiv zunehmend und lähmen das Wachstum. In Hochsteuerländern sind deshalb ausgabenseitige Einsparungen wachstumsfreundlicher und nachhaltiger als Steuererhöhungen.

Christian Keuschnigg

Die Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendlichen, ist viel zu hoch. Wie kann neue Beschäftigung entstehen? Europa braucht ein Gesamtpaket von wachstumsfreundlicher Konsolidierung, Bankenreform, und Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum.

Die Länder der Eurozone haben ihre geldpolitische Autonomie zugunsten des Euros aufgegeben und können ihre Staatsschuld nicht mehr selbst garantieren. Deshalb ist die Schuldentragbarkeit niedriger und der Schuldenabbau unvermeidlich. Der Rettungsschirm ESM gewährt Überbrückungskredite, Zug um Zug gegen Reformen, um die Tragbarkeit wieder herzustellen. Der Fiskalpakt gibt einen Pfad für den Abbau struktureller Defizite vor. Vorübergehende Abweichungen sind möglich, damit die automatischen Stabilisatoren wirken.

Sollen Ausgaben gekürzt oder Steuern erhöht werden? Die Kosten der Besteuerung sind progressiv zunehmend und lähmen das Wachstum. In Hochsteuerländern sind deshalb ausgabenseitige Einsparungen wachstumsfreundlicher und nachhaltiger als Steuererhöhungen. Dabei sind wachstumsfördernde Ausgaben für Bildung, Forschung und technologische Infrastruktur zu erhalten. Die Einsparungen müssen sich auf Bürokratieabbau, Verwaltungsvereinfachung, Subventionsabbau und einer Begrenzung der Sozialleistungen auf die Bedürftigsten konzentrieren. Damit das Steuersystem gerechter und ergiebiger wird, sind Lücken zu schließen, die Steuerpflicht durchzusetzen und die Schattenwirtschaft zu bekämpfen.

Auch Jobs müssen finanziert werden. Daher ist die Gesundung der Banken für den Abbau der Arbeitslosigkeit zentral. Die Bankenunion lässt die Banken die Risiken selber tragen und schützt die Steuerzahler. Ihre Krisenrobustheit ist durch Ausstattung mit mehr Eigenkapital und Liquiditätsreserven zu stärken. Unrentable Banken sind abzuwickeln. Schlecht kapitalisierte Banken können es sich nicht leisten, faule Kredite abzuschreiben und neue Risiken durch Vergabe neuer Kredite einzugehen. Sie blockieren die Umlenkung des Kapitals von unrentablen zu wachsenden Unternehmen und bremsen die Rückkehr zu Wachstum und Beschäftigung.

Voraussetzung Eigenkapital

Eine konsequente Wachstumspolitik muss Innovationen unterstützen, aber auch die Nachteile des Eigenkapitals beseitigen. Eigenkapital ist Voraussetzung für mehr Fremdkapital, um Investitionen zu finanzieren. Wenn die Unternehmen bestehende Kredite zurückzahlen, um den Verschuldungsgrad zu reduzieren, landen wir in einem Szenario andauernder Stagnation. Besser sollten sie Eigenkapital aufnehmen und so die Verschuldungsquote reduzieren, ohne Investitionen einzuschränken.

Damit die Investitionen anspringen und Jobs schaffen, müssen sie rentabel sein. Bürokratie,



Dicke Bretter, tiefe Stollen? In der Politik muss jedenfalls viel gebohrt (im Bild der Semmeringtunnel) werden, damit etwas vorangeht. Steuererhöhungen allerdings treiben die Dinge nur bedingt voran.

hohe Gründungskosten, Überregulierung, Rechtsunsicherheit bis hin zu Korruption blockieren das Wachstum. Die Lohnkosten dürfen die Arbeitsproduktivität nicht übersteigen, damit die Unternehmen sich auf den Weltmärkten behaupten und Beschäftigung sichern können.

Arbeitsmarktreformen müssen es ermöglichen, Arbeit freizusetzen, wo die Zukunftsaussichten gering sind, und dorthin zu len-

ken, wo innovative Unternehmen mehr Arbeitskräfte brauchen. Die Arbeitslosenversicherung schützt die Arbeitnehmer und macht den Wechsel möglich. Ebenso wichtig ist eine hohe Krisenrobustheit der Unternehmen, damit diese in schlechten Zeiten rentable Beschäftigung halten können. Arbeitslosigkeit soll erst gar nicht entstehen! Krisenrobustheit erfordert genügend Eigenkapital, um eine Krise durchzustehen, hohe

Innovationsintensität, um den Qualitätsvorsprung am Markt zu halten, und flexible Arbeitszeitregelungen, um Absatzschwankungen besser abzufedern.

Damit mehr Einkommen und Beschäftigung entstehen, muss Arbeit dorthin fließen, wo sie viel erwirtschaftet, und von dort abgezogen werden, wo der Beitrag zur Wertschöpfung gering ist. Das gilt innerhalb eines Landes und für die ganze EU. Die Europäische



C. Keuschnigg: Wohlstand hängt vor allem von eigenen Leistungen für Bildung und Innovation ab.

Foto: APA

Kommission sollte den gemeinsamen Arbeitsmarkt ausbauen und mehr Mobilität ermöglichen, z. B. durch bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Transportierbarkeit von Sozialansprüchen und Abbau anderer Wanderungsbarrieren. Eine höhere Mobilität der Arbeit kann regionale Unterschiede der Beschäftigung wenigstens teilweise ausgleichen.

Strukturfonds besser nutzen

Die Kommission kann die Strukturfonds besser nutzen und mehr Infrastrukturinvestitionen z. B. in Verkehr, Energie und Informationstechnologien kofinanzieren. Die Projektanleiheinitiative der Europäischen Investitionsbank könnte eine Finanzierung ermöglichen, die nationale Budgets schont. Die Mitgliedsländer müssen aber selbst bessere Voraussetzungen schaffen, damit die Projekte lokale Folgeinvestitionen auslösen und sich in mehr regionales Wachstum und Beschäftigung übersetzen.

Die Länder Europas haben unterschiedliche Kulturen und wollen nicht alle gleich sein. Zentrale Programme können unterstützen, Einkommen und Wohlstand hängen aber in erster Linie von den eigenen Anstrengungen für Bildung, Innovation und einem leistungsfähigen Staat ab.

CHRISTIAN KEUSCHNIGG (Jg. 1959) ist Professor für Ökonomie an der Universität St. Gallen und Chef des IHS in Wien. Mitte Oktober kündigte er seinen Rückzug von dieser Funktion an.

Die EU braucht einen Kurswechsel

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gerechte Verteilung – Falsche Theorie prägt EU-Wirtschaftspolitik

Markus Marterbauer

Selbst nach sieben Jahren tiefer Wirtschaftskrise in der EU zeichnet sich kein Ende ab: Die Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen ist real geringer als 2007 und damit um ein Achtel niedriger als bei „normaler“ Konjunktur; die Zahl der Arbeitslosen ist um 8,5 Millionen, die Staatsschulden sind um 30 Prozent des BIP gestiegen, ein Drittel davon seit Beginn der Sparpolitik.

Die EU ist ratlos und nicht in der Lage die Wirtschaft aus der Rezession zu führen, Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Staatsschulden in den Griff zu bekommen. Sie hat die Krise ausgelöst und verschärft: Als Erstes wurden seit den 1990er-Jahren staatliche Regulierungen des Banken- und Finanzsystems systematisch abgebaut, was die tiefste Finanzkrise seit den 1930er-Jahren ausgelöst hat.

Zum Zweiten zwangen die europäischen Instanzen mitten in der Krise alle Staaten, die durch den Wirtschaftseinbruch entstandenen Budgetdefizite rasch wieder zu senken. Die Kürzung von Investitionen, Sozialtransfers und Gehältern verringerte Einkommen und Nachfrage und führte zum weiteren Einbruch von Produktion und Beschäftigung. Deshalb sanken die Steuereinnahmen und trotz der Sparpolitik stiegen die Staatsschulden.

Zum Dritten setzte die Troika in Südeuropa „Strukturreformen“ für höhere Wettbewerbsfähigkeit

durch: Senkung von Löhnen und Sozialleistungen, Streichung von Urlaub und Feiertagen, Kürzung der Arbeitslosengelder, Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnverhandlungen. Doch in der Wirtschaft sind Kosten für den einen gleichzeitig Einkommen für jemanden anderen und 85 Prozent aller in der EU hergestellten Güter und Dienstleistungen werden wieder hier verbraucht. Die Verbesserung im Export ist deshalb geringer als der Schaden, die der



M. Marterbauer: Verbesserung im Export ist geringer als der Schaden in der Binnen-nachfrage.

Foto: privat

mit der Kostensenkung verbundene Einkommensausfall bei der Binnennachfrage anrichtet. So wird die Wirtschaft in eine gefährliche Deflation getrieben, die den realen Wert aller Schulden erhöht und das Problem fehlender Güternachfrage verschärft.

Bei schwerer Unterauslastung kann die Erholung nur durch einen Nachfrageimpuls gelingen. Angesichts unsicherer Absatz-erwartungen wird dieser nicht von den Investitionen, angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht vom Konsum kommen. Bleiben die öffentlichen Investitionen. Hier ist einerseits der Bedarf hoch (öffentlicher Verkehr, Energienetze, Kommunikation, Bildung, Pflege, Ökologie) und die Finan-

zierungsbedingungen sind günstig. Andererseits sind die Staatsschulden zu hoch und der Fiskalpakt bietet keinen Spielraum.

Deshalb sollen die Mitgliedsländer gemeinsam einen Katalog an Zukunftsausgaben festlegen und sich verpflichten, dort 2015/16 zusätzlich zwei Prozent des BIP zu investieren und dies mittels langfristiger Kredite zu finanzieren. Das kann zunächst durch die Einführung einer „goldenen Investitionsregel“ ermöglicht werden: Sie erlaubt die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen zugunsten künftiger Generationen. Zudem soll die Europäische Zentralbank, statt weiter Banken und Vermögende zu stützen, Staatsanleihen im Ausmaß von zwei Prozent des BIP auf dem Primärmarkt zu erwerben, die die Mitgliedsländer zur Finanzierung ihrer koordinierten Zukunftsinvestitionen ausgeben.

Aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, drohen verheerende Folgen. Die EU-Mittel der Jugendgarantie für einen Anspruch auf kommunale Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz müssen drastisch erhöht, die Kofinanzierung durch die Mitgliedsländer abgeschafft werden.

Vermögen kräftig besteuern

Die anhaltende Schwäche der Nachfrage ist auch durch steigende Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen bedingt: Sparfreudige obere Gruppen verzeichnen kräftige Zuwächse, konsumfreudige untere Gruppen Verluste.

Dies droht sich weiter zu verschärfen, weil Arbeitslosigkeit die Leistungseinkommen aus Arbeit dämpft, während die leistungslosen Kapitaleinkommen nach ganz oben fließen. Deshalb sind die Steuern auf Vermögen kräftig anzuheben und das Bankgeheimnis abzuschaffen, wie das Thomas Piketty und Gabriel Zucman fordern. Dadurch werden steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen, aktive Beschäftigungspolitik und Investitionen in Kindergärten, Bildung, Sozialarbeit und Pflege ermöglicht.

Grundsätzlich umdenken

In der EU-Wirtschaftspolitik muss grundlegend umgedacht werden. Dies betrifft auch die „europäische Verfassung“: Jürgen Habermas warnt zu Recht vor einer undemokratischen Expertenregierung. Inadäquate starre Regeln müssen einer pragmatischen Politik weichen, die bei den wichtigsten Herausforderungen ansetzt: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Verringerung der Ungleichheit und Eindämmung des hypertrophen Finanzsystems.

MARKUS MARTERBAUER (Jahrgang 1965) ist Ökonom, arbeitete an der Universität Wien sowie für das Wirtschaftsforschungsinstitut und leitet heute die Wirtschaftswissenschaften in der Arbeiterkammer Wien. Er bloggt auf blog.arbeiterwirtschaft.at. Eine detailliertere Fassung dieser beiden Kommentare wurde als „Policy Brief“ der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik veröffentlicht.

www.oegfe.at/policybriefs